

Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V.
Vogelsangstr. 62
70197 Stuttgart

Marco Hageloch
Referent Grundsatz
Marco.hageloch@cdu-bw.de
Tel.: +49 711 66904-31

Stuttgart, 25. Februar 2026

Ihr Schreiben „Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2026“

Sehr geehrte Frau Pirro,

herzlichen Dank für Ihr Interesse an den politischen Positionen und Zielen der CDU Baden-Württemberg. Es freut uns, dass Sie sich für unsere Arbeit interessieren und den Dialog mit uns suchen. Wir schätzen den Austausch mit Verbänden sehr. Es ist unser aller Anliegen, Baden-Württemberg wieder gemeinsam nach vorne zu bringen.

Gerne gehen wir daher auf die von Ihnen aufgeworfenen und an uns gerichteten Fragen ein – Sie finden unsere Antworten unten.

Gerne darf ich Sie an dieser Stelle auch auf unser Regierungsprogramm „Agenda der Zuversicht – Unser Land in guten Händen“ hinweisen. In einem breit angelegten Beteiligungsprozess haben wir dieses Programm gemeinsam mit Bürgern, Verbänden und Experten erarbeitet. Sie können das Programm unter folgendem Link herunterladen: <https://www.cdu-bw.de/regierungsprogramm/>

Weiterführende Informationen zur aktuellen Arbeit der CDU Baden-Württemberg und einen Überblick über aktuelle Positionspapiere und Beschlüsse finden Sie bis dahin auf den Websites unserer Fraktion unter <https://cdufraktion-bw.de/positionen/> und unserer Partei unter <https://www.cdu-bw.de/ueber-uns/beschluesse/>

Für Ihr Engagement danken wir Ihnen und wünschen für die weitere Arbeit alles Gute. Wir freuen uns auf den weiteren Austausch.

Mit freundlichen Grüßen
Marco Hageloch

1. Die Zukunft der Zivilgesellschaft sichern

Die Akteure der Zivilgesellschaft sind die Grundlage der entwicklungspolitischen Arbeit des Landes. Für uns als CDU sind starke, verlässliche Netzwerke, Initiativen und Vereine unverzichtbar, um entwicklungspolitische Bildung, Globales Lernen und erfolgreiche Projekte wirksam umzusetzen. In den vergangenen Jahren hat sich die CDU-Landtagsfraktion konsequent für den Erhalt und die Erhöhung der Mittel im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt und damit auch eine stabile Finanzierung der zivilgesellschaftlichen Strukturen gesichert. Uns ist es wichtig, dass die finanzielle Unterstützung seitens des Landes für die Akteure langfristig planbar ist. Gleichzeitig ist es unser Anspruch, dass die Mittel auch zielgerichtet und wirkungsorientiert eingesetzt werden. In der kommenden Legislaturperiode wollen wir die zivilgesellschaftlichen Akteure und ihre Projekte als zentrale Säule der entwicklungspolitischen Arbeit erhalten. Sie schaffen sowohl Raum für Engagement, Integration aber auch Teilhabe. Langfristig ist es unser Ziel, die Mittel gezielt auszubauen und fokussiert einzusetzen, um den wachsenden Bedarf in diesem Bereich zu decken.

2. Globales Lernen /Bildung für nachhaltige Entwicklung

Die Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und Globalem Lernen in allen Bildungsbereichen ist für uns ein wichtiger Baustein einer zukunftsfähigen Bildungspolitik. Wir unterstützen grundsätzlich die Verankerung von BNE und Globalem Lernen in bildungspolitische Grundlagen, legen dabei jedoch Wert auf praktische Umsetzbarkeit, Wirksamkeit und klare Zielorientierung. Zudem sollten Lehrkräfte kontinuierlich in diesen Bereichen qualifiziert werden, um Kompetenzen systematisch auszubauen. Praxisnahe Formate und eine bedarfsgerechte Umsetzung im Schulalltag sollten im Vordergrund stehen. Ein Beraterpool kann sinnvoll sein, sofern er Schulen tatsächlich gezielt unterstützt. Auch die Einbindung außerschulischer Akteure, insbesondere zivilgesellschaftlicher Organisationen, in die Strukturen der schulischen Bildung kann zielführend sein. Insbesondere sind Initiativen wie ein Burundi- oder Afrika-Tag an Schulen sowie die Etablierung von Schulpartnerschaften mit Ländern des Globalen Südens unterstützenswert. Solche Maßnahmen tragen dazu bei, dass Schülerinnen und Schüler früh ein Bewusstsein für globale Zusammenhänge entwickeln.

3. Gerechtes Wirtschaften in den planetaren Grenzen

Bei der Umsetzung von Nachhaltigkeits- und Sozialstandards hat die öffentliche Beschaffung zweifelsohne eine Vorbildfunktion. Gleichwohl müssen bürokratische Auflagen möglichst geringgehalten werden, damit Verwaltung und Unternehmen nicht überlastet werden und dadurch dem Ansehen der entwicklungspolitischen Arbeit geschadet wird. Gleichzeitig sehen wir, dass Baden-Württemberg und Deutschland weltpolitisch handlungsfähig bleiben müssen. Nachhaltige Beschaffung und Wettbewerbsfähigkeit sowie Innovationskraft der Wirtschaft sind keine Gegensätze. Unser Ziel ist es, Verantwortung, und internationale Wettbewerbsfähigkeit in Einklang zu bringen, sodass Baden-Württemberg sowohl ökologisch und sozial verantwortungsvoll handelt als auch wirtschaftlich stark bleibt.

4. Migrantisches Engagement und Dekolonialität

Wir setzen uns dafür ein, dass Vereine und Organisationen aus diesen Communities aktiv in die Entwicklung von Förderkriterien eingebunden werden und Antragsverfahren künftig vereinfacht und übersichtlicher gestaltet werden, um Hemmnisse abzubauen.

Regelmäßige Formate wie der Runde Tisch oder der Austausch auf Veranstaltungen wie der Fair Trade Messe ermöglichen einen direkten Dialog und Erfahrungsaustausch in beide Richtungen. Diese Formate sind für unsere Arbeit essenziell, da sie nicht nur die Perspektiven und Bedürfnisse von Migranten einbeziehen, sondern auch die Expertise aus dem Globalen Süden aktiv nutzbar machen. Nur so lassen sich gleichberechtigte internationale Partnerschaften entwickeln. Gleichzeitig fördern wir die Anerkennung internationaler Abschlüsse und gezielte Qualifizierungsprogramme für Fachkräfte, um Wissen und Kompetenzen fair und nachhaltig zu nutzen. So ist die Etablierung des internationalen Studiengangs „Public Management in International Cooperation“ an der Hochschule Kehl ein gelungenes Beispiel dafür, wie akademische Ausbildung, internationale Zusammenarbeit und entwicklungspolitische Praxis sinnvoll miteinander verknüpft werden können. Dieser Masterstudiengang vermittelt wichtige Kompetenzen im Management und in der Umsetzung internationaler Kooperationsprojekte im Kontext öffentlicher Verwaltungen und Partnerschaften in Europa und Afrika. Studierende aus unterschiedlichen Ländern lernen dabei gemeinsam, wie internationale Zusammenarbeit geplant, gesteuert und umgesetzt wird, und profitieren vom Austausch in interkulturell gemischten Teams.

5. Stärken von (internationalen) Schulpartnerschaften

Als CDU haben wir uns in der vergangenen Legislaturperiode konsequent für die Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit im Ausland eingesetzt. Besonders im Fokus stand dabei die Unterstützung unseres Partnerlands Burundi in zentralen Bereichen wie Gesundheit, Ernährungssicherheit und Klimaschutz. Maßnahmen, die zugleich die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) fördern. Ein gut sichtbares Ergebnis dieser Arbeit ist die Etablierung eines Partnerschaftsbüros in Bujumbura, das als zentraler Ansprechpartner vor Ort fungiert und eine verlässliche Koordination aller Projekte ermöglicht. Gleichzeitig wurde im Landeshaushalt die Grundlage geschaffen, um die langfristige Finanzierung und Planungssicherheit für diese Partnerschaft zu gewährleisten. Darüber hinaus hat die Initiative „Afrika im Blick“ den Blick auch auf die Nachbarländer Burundis erweitert, um regionale Vernetzung und Kooperation zu fördern. Ein klarer Fokus ist entscheidend, um tatsächliche Wirkung und nachhaltigen Impact zu erzielen. Die Konzentration auf ausgewählte Schwerpunktbereiche ermöglicht, die vorhandenen Ressourcen gezielt einzusetzen, Partnerschaften zu festigen und messbare Erfolge für die Menschen vor Ort zu erzielen. Wie bereits dargelegt, sprechen wir uns seit langem für die verstärkte Etablierung von Schulpartnerschaften aus. Wir sehen darin eine ideale Möglichkeit, Globales Lernen praktisch umzusetzen.

6. Klimagerechtigkeit in Baden-Württemberg – eine machtkritische Perspektive

Klimaschutz ist nicht abstrakt, sondern soll konkret und vor Ort wirken – gerade dort, wo Menschen direkt von den Folgen des Klimawandels betroffen sind. Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren einen starken Fokus auf Projekte gelegt, die Klimaschutz mit der Verbesserung der Lebensgrundlagen verknüpfen. Dazu gehören beispielsweise Ansätze aus der Permakultur und dem Agroforstsystem: Diese landwirtschaftlichen Methoden kombinieren vielfältige, nachhaltige Anbaumuster mit dem Aufbau von gesunden Böden und CO₂-Speicherung, tragen zur Ernährungssicherung bei und schaffen gleichzeitig Einkommensperspektiven. Solche Projekte haben wir gerade in den letzten 5 Jahren mit Fokus auf unser Partnerland Burundi signifikant ausgebaut. Dabei zeigt sich, dass Agroforstmodelle nicht nur ökologische Vorteile bringen, sondern auch wirtschaftliche und soziale Stabilität vor Ort stärken. Ein weiteres Zukunftsfeld, das große Chancen für den Globalen Süden eröffnet, sind grüner Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe. Diese Technologien tragen nicht nur

zur Reduktion von Treibhausgasen bei, sondern schaffen auch neue Beschäftigungsfelder und Wertschöpfungsketten, die Partnerländer perspektivisch einbinden und gemeinsam nutzen können. Erfolgreich können wir dabei nur gemeinsam sein. Künftig möchten wir darüber hinaus noch stärker Klimaschutzprojekte fördern, unter anderem über Kooperationen mit der Klimaschutzstiftung Baden-Württemberg.

7. Friedensbildung ausbauen und Rüstungsexporte eindämmen

Die aktuelle weltpolitische Lage macht (leider) deutlich, dass anders gehandelt werden muss als viele noch vor wenigen Jahren geglaubt hatten. Die Umbrüche, die wir beispielsweise durch den Krieg in der Ukraine erleben, zeigen, dass bisherige Denkstrukturen und sicherheitspolitische Konzepte nicht mehr ausreichen. Deutschland und Europa müssen militärisch handlungsfähig sein, um Sicherheit eigenständig garantieren zu können. Militärische Stärke wird dabei nicht als Selbstzweck verstanden, sondern als wesentliche Grundlage, um politische Handlungsfähigkeit zu sichern, Abschreckung zu gewährleisten und ein Eingreifen in Krisen zu vermeiden. Gleichzeitig muss die militärische Handlungsfähigkeit eng mit diplomatischen Initiativen, ziviler Konfliktbearbeitung und nachhaltiger Friedensbildung verzahnt werden. Friedensbildung, zivile Konfliktbearbeitung und die Förderung von Menschenrechten bleiben zentrale Bausteine, doch sie können nur wirksam sein, wenn Deutschland in der Lage ist, in Krisensituationen Stärke zu zeigen und Sicherheit zu gewährleisten. Wir unterstützen daher Maßnahmen wie die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Strukturen, die Finanzierung von Programmen der Entwicklungspolitik.

8. Strukturelle Förderung des Engagements für globale Gerechtigkeit

In den vergangenen Jahren haben wir entwicklungspolitische Arbeit und ihre zivilgesellschaftlichen Strukturen kontinuierlich unterstützt und gestärkt. Vor allem haben wir uns konsequent für eine verlässliche Finanzierung eingesetzt – sowohl für Programme als auch für die tragenden Organisationen im Land. Dies gilt ausdrücklich auch für den EZ-Etat im Landeshaushalt. Die CDU hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Mittel nicht nur gesichert, sondern auch erhöht werden konnten. Dieser Mittelaufwuchs ist ein klares Zeichen dafür, welchen Stellenwert wir der entwicklungspolitischen Arbeit, dem Globalen



CDU Baden-Württemberg · Heilbronner Straße 43 · 70191 Stuttgart

Lernen und der Arbeit der Zivilgesellschaft beimessen. Daran wollen wir auch in der kommenden Legislaturperiode festhalten.